

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jörg Leichtfried,

Genossinnen und Genossen

betreffend ein faires Finanzierungsmodell für den ORF

eingebracht im Zuge der Debatte über den Dringlichen Antrag betreffend „Nein zur ORF-Steuer!“ in der 202. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 01.03.2023.

Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt als rot-weiß-rotem Leitmedium und Quelle hochwertiger Information im Internetzeitalter mit all seinen medienpolitischen Umbrüchen und Verwerfungen eine besondere Rolle zu. Die Unabhängigkeit und stabile Finanzierung des ORF ist daher die Fahnenfrage für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Denn davon hängt ab, ob der ORF auch in Zukunft als journalistisches Leitmedium in Österreich anerkannt wird.

Der ORF lebt durch seine Mitarbeiter*innen. Diese bilden das Herz des Unternehmens und müssen optimale Rahmenbedingungen für ihre kritische und engagierte Arbeit vorfinden. Aufgabe der Politik ist es sicherzustellen, dass der ORF und seine Journalist*innen unabhängig arbeiten können. Aufgabe der Politik ist es nicht, sich in die journalistische Arbeit einzumischen, politischen Druck auszuüben oder Finanzierungsspielchen mit diesem wichtigen Unternehmen zu spielen.

Die Medienpolitik der Bundesregierung in Sachen ORF beschränkt sich bisher auf vage Ankündigungen. Die Medienministerin lässt lediglich das Stichwort „Haushaltsabgabe“ fallen, mit dem Koalitionspartner scheinen vor allem wichtige Details noch nicht abgesprochen zu sein. Wie hoch soll die Haushaltsabgabe sein? Wie und von wem soll sie eingehoben werden? Wer soll sie zahlen – gibt es weiterhin eine Gebührenbefreiung, gibt es eine soziale Staffelung, wie werden auch Unternehmen miteinbezogen? Soll der Villenbesitzer die gleiche Haushaltsabgabe zahlen wie die Mindestpensionistin in einer Zimmer-Küche-Kabinett-Wohnung? All das ist unklar. Diese Vorgangsweise bietet den Gegner*innen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks großes Angriffspotential, ist doch unabhängiger Journalismus immer noch kein Ziel, das alle Parteien gleichermaßen eint. Vielmehr scheinen einige nach wie vor von einer Vereinnahmung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks à la Orban zu träumen.

Unverständlich ist auch, dass gemeinsam mit den Finanzierungsfragen nicht der öffentlich-rechtliche Auftrag mitdiskutiert wird. Was ist die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks? Wo muss man den Auftrag an das 21. Jahrhundert anpassen? Hier bestehen vor allem im Digitalbereich große Lücken. So soll durch eine Haushaltsabgabe die Zahl der Einzahler*innen vergrößert und gleichzeitig – beispielsweise durch Einschränkungen der blauen Seite *orf.at* – das Angebot des ORF im Internet reduziert werden. Das ist der falsche Weg. Will man auch jenen Österreicher*innen, die den ORF bisher über das Internet konsumiert haben, ein Angebot machen, braucht es endlich eine Novelle des ORF-Gesetzes, die den Bewegungsspielraum des ORF im Internet erweitert.

Will der ORF relevant bleiben und eine Zukunftsperspektive haben, muss er sich an die neuen Nutzungsgewohnheiten des Publikums anpassen können, Anschluss an die Bedürfnisse junger Menschen finden und ORF-Inhalte verstärkt auch online, zeitunabhängig und mobil zur Verfügung stellen. Geschieht dies nicht, wird die Zukunft des ORF in Frage gestellt. Auch

eine undifferenzierte Kürzungspolitik, die wichtige Angebote wie das ORF-Radio Symphonieorchester (RSO), Ö1, FM4 oder ORF Sport + in Frage stellt, ohne ihre Bedeutung für das Kulturland Österreich und den Kreativwirtschaftsstandort in die Überlegungen einzubeziehen, untergräbt die Zukunftsperspektive des wichtigsten österreichischen Medienunternehmens. Wenn jetzt durch Kürzungen viele attraktive Angebote des ORF wegfallen und gleichzeitig keine Investitionen in Zukunftsbereiche getätigt werden können, stellt man den ORF als Ganzes in Frage. Wir müssen daher jetzt entscheiden, ob wir in Zukunft noch einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben wollen, oder ob wir Fernsehen und mediale Angebote im Internet ausschließlich in die Hände von Silvio Berlusconi, Mark Zuckerberg oder Dosen-Milliardären legen wollen.

Der ORF braucht ein Finanzierungsmodell, das die Unabhängigkeit des ORF sichert, das sozial verträglich ist, das den ORF zur Sparsamkeit verpflichtet, dem VfGH-Urteil entspricht und mit dem der ORF seinen öffentlich-rechtlichen Auftrag erfüllen kann. Es muss fair nach den jeweiligen wirtschaftlichen Möglichkeiten der Haushalte und Unternehmen gestaltet, also sozial gestaffelt werden. Die bisher bekannten Pläne der Bundesregierung erfüllen diese Bedingungen nicht.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

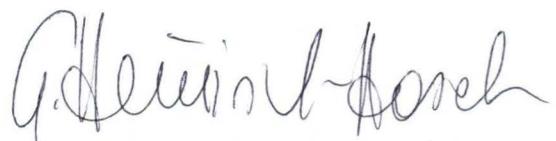
„Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien werden aufgefordert, von den bisher bekannten Plänen für eine Haushaltsabgabe abzusehen und dem Nationalrat ein Finanzierungsmodell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Österreich vorzulegen, das die Unabhängigkeit des ORF sichert, das fair nach den jeweiligen wirtschaftlichen Möglichkeiten der Haushalte und Unternehmen gestaltet ist und es dem ORF ermöglicht, seinen öffentlich-rechtlichen Auftrag zu erfüllen.“



LECHNER



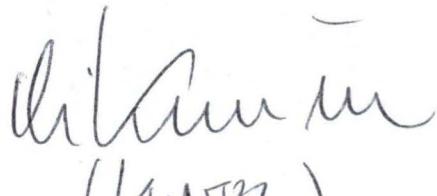
KUCHER



HEINZL-HÖCK
(HEINZL-HÖCK)



KÖSSLER
(KÖSSLER)



KÜNZLE
(KÜNZLE)

